

Kommentar zu Helmuth:

Kapitalistisches Energie- und Zeitregime und der Widerstand gegen den A20 Ausbau

Helmuth kritisiert den Bau der A20 richtigerweise als Projekt kapitalistischer Beschleunigung, welche sich zunehmend im Widerspruch zu natürlichen und gesellschaftlichen Zyklen der Erneuerung befindet. Grund für dieses „kapitalistische Zeitregime“ sind zwangsläufige, automatische Prozesse der Kapitaldynamik (Änderung der technischen Zusammensetzung des Kapitals etc), die sich – wie der Kapitalismus generell – einzig am Ziel der Mehrwertschaffung orientieren, aber den Gebrauchswert nicht berücksichtigen. Das Mitspielen der KonsumentInnen bei dieser Beschleunigung kommt hier eher randständig vor („überflüssiger Konsum“).

Als Alternative zum „Weiter So“ mit mehr kapitalistischer Beschleunigung, für die die A20 in der Tat paradigmatisch steht, schlägt Helmuth konsequenterweise Planungen vor, die sich gebrauchswertorientiert an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung und an „der Natur angepassten Zeitdynamiken“ orientieren. Es sind Planungen, die ein „We Care“ im Hinblick auf Naturerhalt und nicht-konsumorientierte menschliche Entwicklungsbedürfnisse zum Inhalt haben, und das in Formen solidarischer Produktion. Kurz: ein Reformprogramm des „Weniger Kapitalismus“ in unserer Region, ohne gleich „sozialistische Revolution“ auf das Transpi zu schreiben. Allerdings: Statt kapitalistischem Eigentum soll es „Mischformen von Gemeineigentum“ geben, was immer das genau meint. Hier lauert vielleicht eine konzeptionelle Schwäche.

Ein solches alternatives wirtschaftliches Entwicklungsprogramm, als Kontrast zum „Weiter So“ einmal zur Diskussion zu stellen, macht dennoch Sinn, wird der Linken doch häufig nicht ganz zu Unrecht vorgeworfen, Weltmeister der Kritik, aber schwach bei den Alternativen zu sein, jenseits der Propagierung allgemeiner, rein theoretisch abgeleiteter Ideen wie „Ökosozialismus“, „partizipative Wirtschaftsdemokratie“ „System Change“ etc, die nicht ansatzweise ihre Praxistauglichkeit beweisen können, zudem nicht am realen Leiden größerer Bevölkerungsteile ansetzen und daher nur geringste Resonanz im politischen Diskurs erzielen.

Auch die Idee, einem solches Programm schlicht einmal über eine Befragung der Bevölkerung Legitimität zu verschaffen, ist richtig. Dies würde einerseits zeigen, ob Niko Paech wirklich Recht hat damit, dass Menschen unterschiedslos nur an Konsum, der ja in Helmuths Programm eine allenfalls untergeordnete Rolle spielt, Interesse haben. Es würde andererseits aber wahrscheinlich auch die Ängste der Menschen davor, den kapitalistischen Pfad verlassen zu können, freilegen. Wahrscheinlich würde eine Mehrheit sich heute im Zweifelsfall noch nicht von einer prokapitalistischen Praxis, die sich in ihrer Lebenswelt zwar nicht als ideal, aber zumindest als gangbar herausgestellt hat, verabschieden wollen. Eine kapitalistische Wirtschaftspolitik, die sich im Bau der A20 ausdrückt, ist eingebettet in mehrheitliche gesellschaftliche Zustimmung. Das Kapital herrscht keineswegs alleine, es kann seine Praxis nur ausbreiten, wenn ihm dies durch die gesellschaftlich-politischen Regulierungen gestattet wird. Das letzte Wort in einer Demokratie haben die Wählenden. Ihnen sollten zumindest einmal Alternativen begreifbar gemacht werden. Dazu könnte ein solches Projekt der alternativen Planung einer Region beitragen.

Ulrich Schachtschneider